

Soziale Allianz" auf den Widerstand gegen dieses Abkommen konzentrieren.

„Was ganz genau auf Zentralamerika zukommt, können wir nicht sagen, denn die Verhandlungskommissionen behandeln das Dokument wie ein Staatsgeheimnis“, moniert Dr. Angel Ibarra, Präsident von UNES, der profilierten „Union der Umweltschützer von El Salvador“. Seine Anfragen an das Außen- und das Handelsministerium wurden abgewiesen. Dass nicht nur die konservativen Regierungen in Panama und Costa Rica sowie die gemäßigte in Guatemala das Abkommen unterstützen, sondern auch die progressiven Präsidenten in El Salvador und Nicaragua, zeigt wie begrenzt der Widerstand letzterer gegen den Neoliberalismus ist.

Die Informationen, die einzelne Vertreter der Verhandlungskommission weitergaben, sowie ein Blick auf die Assoziierungsabkommen Europas mit Mexiko bzw. Kolumbien und Peru geben für den Umweltaktivisten Anlass zur Sorge: „Die Europäer machen dort weiter, wo die US-Amerikaner beim CAFTA-Freihandelsabkommen aufgehört haben. Für Konzerne aus Europa soll es mehr Rechte geben als für US-amerikanische, zudem gehen sie weiter bei Urheberrechtsschutz zugunsten der Konzerne und der Privatisierung von öffentlichen Dienstleistungen“.

IM INTERESSE TRANSNATIONALER KONZERNE Egal ob – wie bei CAFTA oder NAFTA – mit den USA oder mit Europa; Freihandelsabkommen sind ein politisch-juristisches Instrument zur Durchsetzung der Interessen transnationaler Konzerne. Nationale Gesetze und Verfassungen müssen sich ihnen unterordnen. In den 1990er Jahren wurde dies unter dem Namen „Multilaterales Investitionsabkommen“ (MAI) diskutiert, scheiterte aber in der damaligen Form. Die aktuellen Freihandelsabkommen sind eine Fortsetzung dieser neoliberalen Idee. Ein Beispiel ist der CAFTA-Vertrag zwischen den USA, Zentralamerika und der Dominikanischen Republik. Er trat in allen Mitgliedsstaaten in Kraft und zeigt in Zentralamerika ver-

heerende Auswirkungen. So haben in Guatemala und El Salvador bereits nordamerikanische Bergbauunternehmen Entschädigungsforderungen von bis zu 100 Millionen US-Dollar gestellt, weil ihnen die nationalen Regierungen Lizenzen für Goldabbau aus ökologischen Gründen verweigert hatten. „Solch dramatische Auswirkungen werden sich mit dem EU-Assoziierungsabkommen noch multiplizieren“, befürchtet Ibarra.

Sicherlich gibt es auch in Zentralamerika jene, die von dem Abkommen profitieren. Ganz besonders in Costa Rica, dem zentralamerikanischen Hauptexporteur nach Europa. Im Jahr 2007 summierten sich die Warenlieferungen aus Costa Rica auf umgerechnet 8,2 Milliarden US-Dollar (6,1 Milliarden Euro), 50 Prozent davon generierte die Warenausfuhr nach Europa, 49 Prozent die in die USA und nur ein Prozent die in andere Märkte. Die wichtigsten Exportprodukte sind Ananas, Bananen, Kaffee, Honigmelonen und Mangos. Mehr als die Hälfte der Ananas- und etwa ein Drittel der Kaffeeproduktion werden in die EU verkauft. Aufgrund der relativen Schwäche der Binnenmärkte in Zentralamerika bildeten sich in allen Ländern agroindustrielle Konglomerate, die gigantische Monokulturen unterhalten. Regenwälder werden abgeholzt, das Grundwasser mit Pestiziden vergiftet und Viehbauern vertrieben. Während viele Zentralamerikaner von Hunger bedroht sind, wachsen auf diesen Feldern dann nur Exportprodukte für den Nachtisch in den Industrienationen. Die Ausfuhrwirtschaft wird potentiell vom Wegfallen der Zollschränken profitieren. Sie repräsentiert einen Sektor, in dem die Konzentration von viel Boden in Händen einer kleinen Elite besonders ausgeprägt ist, der die meisten staatlichen Subventionen erhält und der von der traditionell ultrakonservativen Landoligarchie Zentralamerikas beherrscht wird. In der Konsequenz wird deren Produktionsmodell gestärkt, während die ohnehin benachteiligten Kleinbauern, die Nahrungsmittel für den lokalen Markt anbauen, noch weiter ins Abseits gedrängt werden.

WASSER UND ROHSTOFFE Strategisch wichtig sind für Europa auch die Rohstoffe. In Mittelamerika finden sich viele Bodenschätze, die die alte Welt importieren muss, um ihre Industrie am Laufen zu halten. Nicht zuletzt ist die Region besonders wasserreich – Konzerne aus Frankreich und Spanien haben es vor allem auf das kühle Nass abgesehen. Die politischen Eliten in Zentralamerika sind bereit, all dies den ausländischen Investoren zu überlassen und tun wenig bis gar nichts für den Schutz der eigenen Bevölkerung.

In dieser haben die Europäer allerdings einen besseren Ruf als die US-Amerikaner. Während sich insbesondere in Costa Rica zwischen 2006 und 2008 eine Massenbewegung gegen CAFTA entwickelte, blieben Proteste gegen das EU-Assoziierungsabkommen bisher isoliert. „Viele Menschen erinnern sich an die positive Rolle Europas in den 70er und 80er Jahren, als von dort viel Solidarität kam und die Befreiungsbewegungen unterstützt wurden. Aber heute ist die Herrschaft der Konzerne in Europa viel deutlicher als damals und die neoliberale Agenda hat sich überall durchgesetzt. Es ist Zeit, dass wir unser Bild von der 'alten Welt' revidieren“, sagt UNES-Präsident Dr. Angel Ibarra. Viele Aktivisten weisen zudem auf die „historischen Schulden“ hin, die Europa gegenüber der Region aus den Zeiten der Kolonialisierung habe, als die Ausbeutung der Ressourcen begann und zahllose Verbrechen gegen die Menschheit begangen wurden.

Negative Auswirkungen hat die Europa-Global-Strategie aber auch in der EU: Sie sieht Strukturänderungen in der eigenen Region vor, von denen die Konzerne profitieren – zu Lasten der großen Mehrheit der Bevölkerung.

Torge Löding arbeitet für das unabhängige Kommunikationszentrum Voces Nuestras in San José, Costa Rica. Der im ersten Absatz erwähnte Text „Europa Global“ ist im Internet zu finden unter: http://europa.eu/legislation_summaries/external_trade/r11022_de.htm